



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die dritte Woche des Zollparlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die dritte Woche des Zollparlaments.

Berlin, 19. Mai.

In die dritte Parlamentswoche haben sich zwei wichtige Vorgänge zusammengedrängt, wahrscheinlich die wichtigsten und am nachhaltigsten wirkenden der Session: die Tabaksschlacht vom Freitag und Sonnabend, und die große politische Auseinandersetzung, zu welcher in dieser Woche ein die Kompetenzfrage wiederum anregender Antrag hinsichtlich der Weinbesteuerung in Hessen Gelegenheit gab.

Die Tabaksschlacht ist in zwei Niederlagen ausgelaufen, eine der preussischen Regierung oder des norddeutschen Bundeskanzleramts — die sich ja nicht immer scharf unterscheiden lassen — und eine der Süddeutschen. Die dem Zollparlament gemachte Vorlage, welche schon im Bundesrath nur gegen eine starke theils schutzzöllnerisch theils freihändlerisch gesinnte Minderheit durchgesetzt worden war, ist weder einfach angenommen noch ganz verworfen worden. Die Mehrzahl der verbündeten Regierungen, denen es um den auf $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen Thaler veranschlagten Mehrertrag der höheren Tabaksteuer ankam, hat ebensowenig Recht behalten, wie die große Masse der süddeutschen Abgeordneten welche mit bloß drei muthvollen Ausnahmen (Bamberger, Bluntschli und Schwöm), die Vorlage völlig scheitern und höchstens die Uebertragung der norddeutschen Steuer auf Süddeutschland durchgehen zu sehen hofften. Der gefaßte Beschluß nährt sich allerdings dem letzteren Standpunkt mehr als dem ersteren. Er geht um ein kleines über die bloße Ausdehnung der bestehenden Steuer auf den bisher mit jeder Art von Steuer verschonten süddeutschen Tabaksbau hinaus, aber nur insofern, als er die vier Classen der jetzigen Steuer, deren Durchschnittsbetrag 4—5 Thaler auf den Morgen sein mochte, durch einen einzigen Satz von 6 Thalern ersetzt, den der von der Steuer mehr begünstigte pfälzische, fränkische und hessische Tabaksbau reichlich so leicht tragen kann, wie der uckermärkische die bisherigen Sätze. Sachlich erscheint daher die Niederlage der leitenden Bundesregierung als die stärkere. Nur übertriebene Hartnäckigkeit oder falsche Berechnung des Ausgangs hat die Süddeutschen abhalten können, sich der Mehrheit für den Twetten'schen Antrag anzuschließen und so das Bundeskanzleramt nebst der Mehrzahl der norddeutschen Regierungen allein als Geschlagene aus diesem parlamentarischen Kampfe hervorgehen zu lassen. Es zeigte sich ziemlich deutlich, daß die schutzzöllnerischen Anschauungen und Tendenzen, mit denen stets eine gewisse naive

Rücksichtslosigkeit in der Verleugnung der höheren Gesichtspunkte zusammenhängt, im Süden noch ungleich breitere Wurzeln haben, als in dem volkswirtschaftlich aufgeklärteren Norden.

Für das Scheitern der Vorlage lassen sich ihre unmittelbaren Vertheidiger nicht verantwortlich machen. Die Geheimräthe Michaelis (vom Bundeskanzleramt) und Scheele (vom preussischen Finanzministerium) haben der eine die finanzielle Berechtigung höherer Sätze, der andere die relative technische Vorzüglichkeit der Bodensteuer und das gewählte Verhältniß zwischen Steuer und Zoll so geschickt und auch, was den nächsten Eindruck ihrer Worte im Hause betrifft, so erfolgreich vertreten, wie es unter den gegebenen Umständen nur immer möglich war. Man kann bedauern, daß Geheimrath Michaelis genöthigt erschien, seine neue Carriere mit keiner seiner Stellung und Begabung besser entsprechenden Aufgabe zu beginnen (nachdem etwas ähnliches schon bei der von ihm mitentworfenen und in der Reichstagscommission mitversuchten Gewerbegezetvorlage zu constatiren gewesen war); aber nur feindselige Blindheit könnte behaupten, daß mehr Scharfsinn, Studium oder Beredsamkeit, von seiner Seite angewandt, die Tabaksvorlage hätte retten können. Ihr Schicksal war eigentlich schon besiegelt, als das Parlament zusammentrat. Es war vorherzusehen, daß politische Rücksichten auf den Süden — Rücksichten von besser begründeter Art, als die den süddeutschen Abgeordneten ohne Unterschied hier anfangs entgegengetragenen — eine große Anzahl von Mitgliedern äußerst abgeneigt stimmen würden, wesentlich mehr zu thun, als die norddeutsche Steuer den Verträgen gemäß auf den Süden auszudehnen. Diese Steuer gleichzeitig namhaft zu erhöhen hatte sowohl die allgemeine Rücksicht auf die Menge der davon hart betroffenen kleinen Tabaksbauer gegen sich, wie die höchst berechtigte Rücksicht auf den Umstand, daß diese Tabaksbauer vorzugsweise gerade in den dem Norden am günstigsten gestimmten Theilen Süddeutschlands wohnen, Baden, Franken und Rheinbaiern. Es konnte gewiß nicht wünschenswerth erscheinen, die Wucht der ersten großen Maßregel des Zollparlaments gerade auf diejenigen Süddeutschen fallen zu lassen, welche sich am wenigsten gegen eine innigere Verbindung mit dem Norden gestimmt hatten, und so vielleicht die nationale Gesinnung da an der Wurzel zu beschädigen, wo ihr Vorhandensein im vaterländischen Interesse am allerwichtigsten ist. Einer Erhöhung der Tabakbesteuerung in diesem Augenblicke mußten große, nur so zu erlangende und ganz Deutschland gleichmäßig zu Gute kommende volkswirtschaftliche Erleichterungen gegenüberstehen, wenn sie auf Annahme sollte rechnen dürfen. Davon aber konnte ernstlich nicht die Rede sein. Die Ausfälle durch gleichzeitig aufzuhebende oder herabzusetzende andere Zölle reichten keineswegs hin, die Forderung eines so erheblichen Mehrertrages vom Tabak

zu rechtfertigen. Und da das Zollparlament nur Einnahmen zu schaffen, nicht auch Ausgaben zu bewilligen hat, so kann das Ziel seiner Beschlüsse immer nur die Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts sein, nicht stärkere Füllung der Kassen. Dann aber stand auch durchaus nicht fest, daß nur der Tabak (vom Petroleum vorläufig abgesehen), oder doch der Tabak besser als jeder andere Artikel die nothwendige Deckung hergeben könne. Eine rationelle Herabsetzung der Zuckerzölle konnte es — mit eventueller kurzer Hinausschiebung des Termins für einzelne der beabsichtigten Erleichterungen des Verkehrs — ebenfalls, und als eine Herabsetzung natürlich noch besser.

Zu diesen wirthschaftlichen Gründen gegen die Annahme des Tabaksbesteuerungsentwurfes hat in den letzten Wochen die Haltung des Grafen Bismarck noch ein paar mehr politische gefügt. Er hat die nationalliberale Partei seit der Reichstagsabstimmung vom 22. April systematisch daran gewöhnt, ihr Thun und Lassen ohne Rücksicht auf seine Wünsche lediglich nach ihren eigenen zu bestimmen; und vermöge des überzärtlichen Entgegenkommens, welches er den süddeutschen Particularisten hier bewiesen hat und durch alle seine Anhänger hat beweisen lassen, ist auch die natürliche und gebotene Rücksicht auf die Interessen oder Wünsche Süddeutschlands zu einer künstlichen Höhe gesteigert worden. So hat Graf Bismarck selbst die Bildung einer der Tabaksvorlage günstigen Mehrheit unmöglich gemacht, die Bildung einer ihr abgeneigten Mehrheit unterstützt. Sein unzulänglich entwickeltes parlamentarisches Geschick hat die ohnehin geringen Chancen zerstört, welche das finanzielle Bedürfniß der meisten norddeutschen Staaten noch haben mochte, diese Vorlage im wesentlichen angenommen zu sehen.

So ist es gekommen, daß der Ausgang der Tabaksverhandlung am 15. und 16. Mai den Wendepunkt in der ersten Session des Zollparlamentes bezeichnet. Schon die nächste Sitzung (18. Mai) machte dies Allen klar. Sie zeigte die unnatürliche Coalition vom 7. Mai — dem Tage der Adressdebatte — zerrissen. Graf Bismarck wandte nun auf einmal die Schärfe seines ausschlaggebenden Einflusses gegen die Kompetenzverengerung, nicht mehr gegen die Kompetenzerweiterung. In seine Spur tretend warf der Abg. Wagener, Namens der preußischen Conservativen, den zuerst so liebevoll empfangenen süddeutschen Particularisten den Fehdehandschuh hin und proclamirte die Nationaleinheit bestimmter denn je vorher als das Ziel seiner Freunde. Löwe und Waldeck endlich, für die Fortschrittspartei auftretend, welche ihre Liebesanträge von den radicalen Württembergern verschmäht und diese mit den reinen Anhängern Jacoby's fraternisiren sieht, überboten sich gegenseitig in Angriffen auf den süddeutschen Particularismus, der eine vorzugsweise den Freihändler, der andere den Annexionisten herauskehrend. So vereinigten sich zur Bekämpfung der „süddeutschen Fraktion“ die Bundes-

genossen derselben vom 5. Mai dergestalt, daß den Nationalliberalen kaum etwas zu thun übrig blieb. Gleichwohl nahmen auch verschiedene ihrer Redner einen hervorragenden Antheil an der Debatte: Bamberger, Mez, Rascher und vor allen Böck, der „größte Redner Süddeutschlands“, der sich bisher ganz stumm verhalten hatte, am 19. Mai aber den ihm vorhergehenden Ruf auf's glänzendste rechtfertigte. Es war für die preußischen Conservativen augenscheinlich wie eine Entdeckung, daß ein Mann aus dem bairischen Schwaben, gewählt am Rande des Bodensees, ein Mann der sich obendrein statistisch einen seinen Gegnern gleichkommenden Anhang vindiciren konnte, so gut norddeutsche und preußische Gesinnungen an den Tag legte. Bisher hatten sie einen solchen Grad von Eifer, für Herstellung der politischen Einheit des Vaterlands, jedenfalls nur Hessen und Badensern zugetraut. Böck riß vor ihren Blicken die trügerische Hülle hinweg, durch welche sie in dem größten süddeutschen Staate lauter Gleichgesinnte der Herren v. Thüngen, Jörg und Sepp, lauter gleich hartgesottene Particularisten, wie die siebzehn Schwaben-Vertreter erblickt hatten. Der kurze untersekte Mann mit dem germanisch blonden Vollbart und der Löwenstimme sprach denn doch etwas anders zu der Vernunft, dem Herzen und dem Geiste seiner Hörer, als vor ihm der dünnere Fisteltenor Moritz Mohls, die glatte Kälte Probsts und Herrn von Neurath's eintönige Wiederholung der abgedroschenen alten Vertrags-Melodie. Hier vernahm man wirklich einmal redliche und glühende Liebe zum deutschen Vaterlande, nicht bloße höfliche oder scheinheilige Redensarten. Graf Bismarck hatte vorher die Enthaltksamkeit der norddeutschen Politik dem Süden gegenüber nochmals auf's schneidendste betont. Den Particularisten konnte dieses Stück seiner Erklärung natürlich nur beruhigend lauten. Böck hatte es anders aufgefaßt. Er empfand es wie einen Mangel an bundesgenössischem Wohlwollen und führte seinen Landsleuten zu Gemüthe, wieviel besser es für sie sein würde, wenn ihr Anschluß an das geeinte Ganze sich vollziehen könne vor der völligen Beendigung des Baues. Ich bin überzeugt, daß diese Auffassung wie die ganze vortreffliche Rede den mit Süddeutschland minder bekannten Hörern eine neue Vorstellung von der Lage eröffnet hat. Insofern hat Böck's endliches Hervortreten das Werk der Einigung eine gute Strecke Wegs vorwärts geschoben.

Das ganze Zollparlament aber, das dünkt mir klar, ist durch die ereignisreiche Sitzung vom 18. Mai auf eine höhere Stufe gehoben. Diese hat reichlich nachgeholt, was durch die Ablehnung des Adressentwurfs verfehlt worden war. Sie hat die Auseinandersetzung der Patrioten und der Particularisten, welche unmöglich unterbleiben konnte, in einen für die nationale Partei unzweifelhaft viel günstigeren Zeitpunkt verlegt. Der Idee des Adressantrags hat sie auf's bündigste Recht, ihrer Verwirklichung in dieser Form einigermaßen Un-

recht gegeben. Der zwanzigste Jahrestag der Eröffnung des ersten nationalen Parlaments konnte nicht denkwürdiger begangen werden.

Literatur.

Geschichte der politischen Gegenwart, von Wilhelm Müller. I. Das Jahr 1867. Berlin, Springer 1868.

Der Verfasser, ein schwäbischer Schulmann, hat im vorigen Jahr eine „Geschichte der neuesten Zeit 1816—1868“ erscheinen lassen, durch welche er die Befähigung zeigte, einen geschichtlichen Stoff übersichtlich zusammenzufassen und damit, trotz der Beschränkung auf das Wesentliche, eine lebendige Darstellung zu verbinden. Dabei waren mit besonderer Sorgfalt die deutschen Angelegenheiten behandelt, und die Entwicklung des preussischen Staats, die deutschen Einheitsversuche, endlich die Krisis seit 1864 in durchaus nationalem Sinn besprochen; denn auch für eine verständig begleitende Reflexion wußte der Verfasser bei aller Kürze noch Raum zu schaffen. Diese Vorzüge sind nun auch der neuen Schrift W. Müllers eigen, welche im Anschluß an jene Darstellung das Jahr 1867 behandelt und die, wie es scheint, künftig jedes Jahr fortgesetzt werden soll. Bei der raschen Folge der Ereignisse der Gegenwart sind solche Uebersichten für das ebenso rasch vergessende größere Publicum besonders dankenswerth, und gleich das Jahr 1867 verdient, mit der Gründung des norddeutschen Bundes, dem luxemburger Handel und den Verträgen zwischen Nord- und Süddeutschland wohl im Gedächtniß behalten zu werden, abgesehen davon, daß es sonst noch Ereignisse, wie die Katastrophen zu Queretaro und zu Mentana und die östreichischen Verfassungs- und Concordatsverhandlungen auf seinen Seiten zählt. Der Verfasser wollte nicht eine bloße Chronik geben, sondern wählte die Form einer politischen Revue, welche ihm erlaubte, „das Unwesentliche gar nicht oder nur flüchtig zu berühren, das Wesentliche durch Darlegung seines historischen Ursprungs und seiner Verwandtschaft mit größeren Thatfachen in das rechte Licht zu setzen und den deutschnationalen Geist, von welchem das Ganze getragen sein soll, durchleuchten zu lassen.“

Die entschieden nationale Gesinnung ist doppelt erfreulich bei einem Buch, das aus Süddeutschland kommt. Dasselbe schließt charakteristisch mit der Rede Bismarcks im preussischen Abgeordnetenhaus am 11. December: „Ich bin ein Deutscher“, die durch ein Spiel des Zufalls an demselben Tag ein so merkwürdiges Gegenstück an der Rede des württembergischen Premiers erhalten sollte. Ein sehr ausführliches Inhaltsverzeichnis und eine kalenderförmige Chronik der Ereignisse machen das Buch auch zum Nachschlagen bequem.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.